

Stand: 23.02.2026 02:36:38

## Vorgangsmappe für die Drucksache 18/10096

### "Wirtschaft stärken - Nein zum 20-Punkte-Klimairrsinn"

---

#### Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/10096 vom 24.09.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/12108 des WI vom 22.10.2020
3. Beschluss des Plenums 18/16527 vom 16.06.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 85 vom 16.06.2021



## Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Martin Böhm, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl, Ralf Stadler und Fraktion (AfD)**

### **Wirtschaft stärken – Nein zum 20-Punkte-Klimairrsinn**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die 20 Vorschläge des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier, zur sogenannten „Stärkung von Klimaneutralität und Wirtschaftskraft“ vom 11. September 2020 völlig ungeeignet sind, die Wirtschaft zu stärken. Sie schwächen die Wirtschaft, verringern die Attraktivität des Industriestandorts Bayern und verhindern die Rückkehr von Erwerbslosen in die Erwerbstätigkeit.

Darüber hinaus erklärt der Landtag, dass die Forderungen des Bundesministers bezüglich des sog. „Klimaschutzes“ im Rahmen der bereits eingetretenen wirtschaftlichen Schäden durch die Coronavirus-Krise eine verantwortungslose Handlung darstellen.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich im Bundesrat gegen eine mögliche Initiative im Rahmen der Erklärung des Bundeswirtschaftsministers vom 11. September 2020 zu stellen und Bestrebungen wie die „Charta von Klimaneutralität und Wirtschaftskraft“ abzulehnen.

### **Begründung:**

Während der Freistaat und die Bundesrepublik mit den schweren wirtschaftlichen Folgen des Corona-Desasters zu kämpfen haben, veröffentlichte der Bundeswirtschaftsminister am 11. September 2020 einen Text, in welchem er 20 Vorschläge präsentierte, welche „die Stärkung der Wirtschaft“ und „die Stärkung des Klimaschutzes“ vorantreiben sollen<sup>1</sup>.

Der Bundeswirtschaftsminister erklärt in seinen Ausführungen die Wirtschaft mit dem Klimaschutz „versöhnen“ zu wollen. Er schlägt z. B. ein neues „Zertifizierungssystem“ vor, in welchem Einrichtungen die eigene Klimaneutralität zertifizieren lassen sollen oder „Carbon Contracts for Difference“, in welchem sich Unternehmen „freiwillig“ zu einem schnelleren „Transformationsprozess“ verpflichten, um so bei Investitionszuschüssen bevorzugt zu werden. Insgesamt will er mit seiner Strategie alle Unternehmen befriedigen, die nicht der totalen Transformation aufgrund des sogenannten „menschengemachten Klimawandels“ folgen möchten oder können.

Namhafte Wirtschaftsverbände kritisieren Altmeiers Vorgehen scharf, wie der Verband der Familienunternehmer. Dessen Präsident Reinhold von Eben-Worlée nennt das Papier des Wirtschaftsministers „Blanker Aktionismus“, welcher vom „Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit direkt“ abgeschrieben sei und eine zusätzliche Belastung darstelle.

Um die Attraktivität des Industriestandorts Bayern nicht weiter zu gefährden, stellt sich der Landtag deshalb klar gegen neue Initiativen, die im Namen des Klimaschutzes die Wirtschaft und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen belasten.

<sup>1</sup> Papier des Bundesministers für Wirtschaft und Energie: [https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/klima-schuetzen-wirtschaft-staeren.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=22](https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/klima-schuetzen-wirtschaft-staeren.pdf?__blob=publicationFile&v=22)



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung**

**Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)**  
**Drs. 18/10096**

**Wirtschaft stärken - Nein zum 20-Punkte-Klimairrsinn**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatter: **Gerd Mannes**  
Mitberichterstatter: **Alexander König**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 30. Sitzung am 22. Oktober 2020 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:  
CSU: Ablehnung  
B90/GRÜ: Ablehnung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
AfD: Zustimmung  
SPD: Ablehnung  
FDP: Ablehnung  
Ablehnung empfohlen.

**Sandro Kirchner**  
Vorsitzender



**Beschluss**  
**des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Martin Böhm, Josef Seidl, Ralf Stadler** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/10096, 18/12108

**Wirtschaft stärken – Nein zum 20-Punkte-Klimairrsinn**

**Ablehnung**

Die Präsidentin

I.V.

**Karl Freller**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Gerd Mannes

Abg. Alexander König

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Manfred Eibl

Abg. Annette Karl

Abg. Albert Duin

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 18** auf:

**Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)**

**Wirtschaft stärken - Nein zum 20-Punkte-Klimairrsinn (Drs. 18/10096)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. – Erster Redner ist Herr Gerd Mannes, AfD-Fraktion. Herr Mannes, bitte.

(Beifall bei der AfD)

**Gerd Mannes (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Corona-Maßnahmen haben sich verheerend auf die wirtschaftliche Lage im Freistaat ausgewirkt. Das bayerische Bruttoinlandsprodukt ist letztes Jahr um 6,5 % eingebrochen. 50 % der Arbeitnehmer im Gastgewerbe sind in Kurzarbeit. Die Arbeitslosenquote im Freistaat ist um 30 % angestiegen. Mit anderen Worten: Die Lage ist dramatisch. Und mitten in dieser wirtschaftspolitischen Notlage hat Bundeswirtschaftsminister Altmaier im September 2020 weitgehende Forderungen für den Klimaschutz aufgestellt. Mit 20 Punkten sollte eine Versöhnung der Industriepolitik mit dem Klimaschutz erreicht werden. Der ergrünte Herr Söder unterstützte diesen realitätsfernen Unsinn.

Der Freistaat Bayern ist nach wie vor ein führendes Industrieland und muss es auch bleiben. Dafür brauchen wir wertschöpfende Leistungsträger. 33 % unserer Wertschöpfung werden von der Industrie erwirtschaftet. Die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Bayern darf sich nicht durch Belastungen weiter verschlechtern. Der sogenannte Klimaschutz ist aber eine Belastung für unsere Wirtschaft und unseren Lebensstandard.

Die CO<sub>2</sub>-Steuer der Bundesregierung hat dazu geführt, dass ein Liter Benzin oder Diesel jetzt 7 bzw. 8 Cent teurer ist als im Vorjahr. Union und GRÜNE haben bereits angekündigt, dass die CO<sub>2</sub>-Steuer in den nächsten Jahren noch massiv angehoben wird. Jeder schwärmt vom Klimaschutz und vergisst dabei, dass die CO<sub>2</sub>-Steuer einfach nur ein weiteres Abzock-Instrument der Bundesregierung ist. Sie führt auch nicht zu geringeren Emissionen. Warum eigentlich? – Weil die Verbraucher mangels bezahlbarer Alternativen weiter auf Verbrenner und fossile Heizung angewiesen sind.

Für kleine und mittlere Unternehmen führen diese zusätzlichen Belastungen zu erheblichen Problemen. Ganze Wirtschaftszweige wie die Automobil- und Zulieferindustrie sind in Gefahr. Der reale Umsatz der bayerischen Automobilindustrie ist im Jahr 2020 um fast 8 % eingebrochen. Die Rezession der deutschen Automobilindustrie hat aber bereits 2018 begonnen. Die Corona-Krise ist nicht der alleinige Grund für den Abschwung.

Das planwirtschaftliche System, das der Bundeswirtschaftsminister in seinem 20-Punkte-Programm vorgeschlagen hat, ist ein absoluter Irrweg. Die Deindustrialisierung des Landes würde damit befördert, und Millionen Arbeitsplätze könnten verloren gehen.

Besonders bedenklich in diesem Zusammenhang ist der Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts – ein Freibrief für eine übergriffige Regierung, die ihre Bevölkerung unter dem Deckmantel des Klimaschutzes scheibchenweise enteignen will.

Weitere Belastungen der Wirtschaft und unserer Bürger retten das Weltklima nicht; sie benachteilen uns gegenüber unseren globalen Wettbewerbern. Altmaier und Söder machen eine hervorragende Wirtschaftspolitik, aber aus Sicht internationaler Konkurrenz, insbesondere Chinas. Der 20-Punkte-Plan ist ein Garant für den Verlust weiterer Arbeitsplätze in Bayern.

Als wäre das noch nicht genug, macht uns Altmaier, der Klima-Kamikaze, mit seinem 20-Punkte-Programm lächerlich. Dieses sieht die Einrichtung einer Klima-Universität in

Deutschland vor. Nach Lehrstühlen für Gender und Diversität soll nun also auch Weltenrettung an deutschen Universitäten gelehrt werden: Ein unproduktiver Größenwahn ohne Wertschöpfung.

Mit unserem Antrag wollen und müssen wir diesem Irrsinn ein Ende bereiten. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Alexander König, CSU-Fraktion, aufrufen.

**Alexander König (CSU):** Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Vorschläge des Bundeswirtschaftsministers vom September letzten Jahres zur Klimaneutralität und Steigerung der Wirtschaftskraft kann man subjektiv sicher unterschiedlich beurteilen. Ich meine, dass dies auch bei uns der Fall ist, dass also Vorschläge dabei sind, die wir für weniger zielführend halten. Wir unterstützen aber in jedem Fall jene Vorschläge, die auf marktwirtschaftliche Systeme setzen.

Von daher lehnen wir den Antrag der AfD ab, der die Programmpunkte insgesamt im AfD-Sprech als Klimairrsinn abtut. Ich verweise auf unsere Ausführungen im federführenden Wirtschaftsausschuss und bitte um Ablehnung.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Herr Kollege, bleiben Sie bitte noch da. – Wir haben eine Zwischenbemerkung, und zwar von Herrn Gerd Mannes. Bitte, Herr Mannes.

**Gerd Mannes (AfD):** Herr König, Sie haben es recht kurz gemacht. Jetzt muss ich aber doch noch nachfragen. Dieser 20-Punkte-Plan ist doch ein sehr planwirtschaftliches Instrument, das Herr Altmaier vorgestellt hat. Mich würde Folgendes interessieren: Unterstützen Sie, die CSU, und Sie persönlich als Herr König die planwirtschaftlichen Elemente des 20-Punkte-Plans, oder glauben Sie, dass die Planwirtschaft, so

wie sie in diesem 20-Punkte-Plan dargestellt wird, für die deutsche und bayerische Wirtschaft zielführend ist? – Das würde mich jetzt einfach einmal interessieren.

**Alexander König (CSU):** Herr Kollege Mannes, ich muss mich aufgrund Ihrer Nachfrage jetzt schon zum zweiten Mal wiederholen. Wir hatten dazu ja schon die Aussprache im Wirtschaftsausschuss. Wir unterstützen jene Vorschläge dieses Gesamtpakets, die sich eben nicht auf planwirtschaftliche Systematik stützen, sondern auf marktwirtschaftliche Systeme. Diese unterstützen wir gerne. Andere dieser Vorschläge, die auch wir für eher illusionär halten, lehnen wir ab. Insgesamt aber lehnen wir Ihren Antrag ab, weil Sie alle Vorschläge ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke, Herr König. – Nächster Redner ist Martin Stümpfig, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben das Wort, Herr Stümpfig.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Plan von Herrn Altmaier vom 11. September 2020 ist Geschichte. Er ist nicht deswegen Geschichte, weil er Geschichte geschrieben hat und besonders gut war, sondern weil er in der Versenkung verschwunden ist. Niemand spricht mehr davon – vielleicht noch die AfD, die das irgendwie wichtig fand.

Es war der Versuch eines Unionspolitikers, einmal etwas zum Klimaschutz zu sagen. Bis heute ist dabei nichts herausgekommen. Allein schon die Passage zum CO<sub>2</sub>-Preis ist nichts. Ich habe schon erwähnt, dass er heute im Sofortprogramm wieder als Instrument bezeichnet wird, obwohl ein Dreivierteljahr vergangen ist. Von daher gesehen ist es leider nur Schall und Rauch. Sie sind dem Ganzen auf den Leim gegangen. Man kann aber auch einmal einen Antrag, wenn er ein Dreivierteljahr alt ist und definitiv nicht mehr hierher passt, zurückziehen und muss ihn nicht abends um 22 Uhr im Plenum noch debattieren. Wir lehnen ihn selbstverständlich ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Manfred Eibl, Fraktion FREIE WÄHLER.

**Manfred Eibl (FREIE WÄHLER):** Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Ausschuss wurde das Thema inhaltlich vollumfänglich behandelt. Die Bayerische Staatsregierung und wir als FREIE WÄHLER bekennen uns eindeutig zum Pariser Klimaschutzabkommen, in dem sich die Staatengemeinschaft dazu verpflichtet hat, den globalen Temperaturanstieg auf deutlich unter 2 Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen.

Die bayerische Wirtschaft und die deutsche Wirtschaft tragen dies umfänglich mit. Gerade in Zeiten der Pandemie ist es ganz, ganz wichtig und entscheidend, dass wir uns ökologisch zukunftsorientiert ausrichten und Grundlagen schaffen. Die Wirtschaft sieht das genauso wie wir. Deshalb lehnen auch wir den Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke, Herr Kollege Eibl. – Damit kann ich aufrufen: Frau Abgeordnete Annette Karl von der SPD-Fraktion. Frau Karl, Sie haben das Wort.

**Annette Karl (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Der Klimawandel ist die große Herausforderung unserer Zeit. Meine Herren von der AfD, es gibt ihn tatsächlich. Das Eckpunktepapier von Herrn Altmaier war ein Versuch, Lösungen zu finden und die Bewältigung des Klimawandels so zu gestalten, dass dabei auch die Wirtschaft Chancen hat und sich gut weiterentwickeln kann. Nicht jeder Vorschlag in diesem Papier war der Weisheit letzter Schluss, aber das ganze Papier als Klimairrsinn zu bezeichnen, ist vollkommen fehlgeleitet und zeugt davon, dass Sie wirklich überhaupt nichts verstehen. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke, Frau Karl. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Albert Duin von der FDP.

**Albert Duin (FDP):** Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine Tochter fragte mich gerade, ob ich der AfD nicht einmal vorschlagen kann, etwas Sinniges zu tun. Sie hat nämlich gerade die Diskussion verfolgt.

Dies ist ein acht Monate alter Antrag, den wir zum großen Teil schon erledigt haben. Ob er sinnig erledigt worden ist, weiß ich bei vielen Punkten auch nicht. Das Einzige, was ich als positiv sehe, das ist, dass man mit der Wirtschaft zusammenarbeiten will und nicht gegen die Wirtschaft. Man will gemeinsam Lösungen finden. Wir stehen auch weiterhin für den Ansatz von Versöhnung von Ökonomie und Ökologie. Für uns ist es das Wichtigste, dass das funktioniert. Dieser Antrag, abends um zehn Uhr, der macht überhaupt keinen Sinn. Leute, den kann man auch mal zurückziehen. Danke, wir lehnen ab.

(Beifall bei der FDP)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke, Herr Duin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Wer enthält sich? – Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Antrag abgelehnt.